

Vorwort

Geschichte hat Konjunktur. Ihr Unterhaltungswert wird von der medialen Gesellschaft augenscheinlich hoch geschätzt. Allenthalben stößt man bei verschiedensten Fernsehsendern, u. a. bei ZDF-Info über Bild-TV bis hin zu Phoenix, zu besten Sendezeiten regelmäßig auf unterhaltsame Geschichtspräsentationen. Deren interkulturelle Themenvielfalt ist geradezu allumfassend. Sie reicht, um deren Gesamtspektrum nur schemenhaft zu skizzieren, von Geschichtsaspekten der Vor- und Frühgeschichte, über die frühen Hochkulturen, die Antike, das Mittelalter und die frühe Neuzeit bis hin zur jüngeren Zeitgeschichte mit einem auffälligen Faible für die Zeit des Dritten Reiches. Man mag sich mithin beliebige Geschichtsfelder und Themata vor Augen führen, eines ist sicher, es findet sich dazu eine fernsehmedial unterhaltsam aufbereitete Präsentation. Mithin ist zu konstatieren: Geschichte ist bei vielen beliebt und stößt auf ein breites gesellschaftliches Interesse, zumindest als Unterhaltungsspektakel in der Eventgesellschaft, allenfalls getoppt durch Talkshows, das Dschungelcamp oder das Sportstudio. Diese Beliebtheit der Geschichte zeigt sich auch darin, dass die Historischen Museen in Deutschland von den Besucherzahlen her mehr Zulauf aufweisen als selbst die Fußball-Bundesliga. Geschichte ist also „in“.

Ein deutlich anderes Bild zeigt sich allerdings, wenn man nach der Rolle fragt, die die Geschichte und mit ihr die Geschichtswissenschaft im Kontext aktueller gesellschaftspolitischer Diskurse zu den verschiedensten Themenfeldern spielt. Hier ist sie mehr oder weniger unsichtbar und spielt in der Arena politischer Meinungsfindung kaum eine Rolle. Dies spiegelt sich deutlich in ihrem Beitrag zu so gesellschaftsbedeutsamen Themenfeldern wie Mobilität, der Diskussion über den Transformationsprozess zu nachhaltigen Gesellschaftskonzepten, die Energiedebatte, der Migrationsproblematik oder auch Fragen der Außen-, Friedens- und Demokratiep politik wider. Wenn Geschichte dem Anspruch nach in Form historisch basierter Argumentation dann doch einmal aus dem Dunkel ihrer politischen Bedeutungslosigkeit hervorgeholt wird, dann häufig in der fragwürdigen Absicht, sie legitimatorisch und selektiv für höchst strittiges politisches Handeln bzw. Handlungsabsichten zu missbrauchen. Hinsichtlich einschlägiger Beispiele wäre auf Russland (Ukraineannexion), China (Taiwanproblematik) oder Griechenland/Polen (Reparationszahlungen) zu verweisen.

Als Orientierungswissenschaft bleiben Geschichte, bzw. insbesondere Politikgeschichte und deren Erkenntnisse mithin in der politischen Praxis letztendlich ausgeblendet. Vehement konstatiert Rolf-Ulrich Kunze in der vorgelegten Monographie dieses Defizit einer ungenutzten, aber höchst relevanten Ressource im gesellschaftlichen Diskurs über gesellschaftlichen Wandel, Demokratie und Zukunft. Dazu stellt sich die Frage, wen oder was Kunze als Ursache dieses Defizits der Geschichtswissenschaft und ihrer gesellschaftlichen Rezeption

im politischen Alltag ausmacht, sowie wie diesem Mangel abzuhelpfen sei. Hierzu finden sich in seiner Studie ein ganze Reihe vielschichtig miteinander verwobener Begründungszusammenhänge, die es lohnen, im Einzelnen nachgelesen zu werden. Von zentraler Bedeutung ist dabei zweierlei. Zum einen konstatiert er ein Selbstverschulden der Politikgeschichte und ihrer universitären Standesvertreter. Diese hätten „um das Jahr 2000 aufgehört, eine kritische politische Instanz gegenüber der organisierten und institutionalisierten Politik sein zu wollen“ (274), und sich stattdessen aus der Öffentlichkeit in einen universitären Elfenbeinturm zurückgezogen. Damit einher gehe zwangsläufig der Verlust an Wirkmächtigkeit historischer Argumentation im gesellschaftlichen Diskurs, zudem verstärkt durch den Sachverhalt einer eher rudimentären historischen Bildung in breiten Teilen der Bevölkerung und Wählerschaft. Und dieses Manko an fehlender historischer Bildung ist die zweite der von Kunze als zentral benannten Begründungen für die aktuelle Irrelevanz der politischen Geschichte als Orientierungswissenschaft. Beides, also sowohl das „Elfenbeinsyndrom“ akademischer Geschichtsschreibung wie auch die Bildungsmisere, haben zwangsläufig zur Folge, dass manch ein historisch-intellektueller Diskurs, der in die Öffentlichkeit vorzudringen vermag, selbst dann, wenn er medienwirksam aufgegriffen und werbewirksam zur Bedeutsamkeit hochstilisiert werden sollte, so letztlich auf unfruchtbaren Boden fallen muss und ins Leere stößt. Um das Gesagte an einem simplen Beispiel zu verdeutlichen: Welche Relevanz besitzt die Forderung nach einer Kontextualisierung eines Bismarckdenkmals, das im öffentlichen Raum steht (Hamburg), wenn ein Großteil der Bevölkerung schon mit dem Namen Bismarcks, geschweige denn mit dessen politischen Wirken, bildungsbedingt kaum noch etwas anzufangen vermag? Und wenn dem nicht so wäre, dann bedürfte es folgerichtig keiner gesonderten Kontextualisierung, allenfalls eines Griffs ins Bücherregal zu einer der zahlreich vorhandenen Bismarckbiographien.

Als Wegweiser aus den vorstehend skizzierten Defiziten und Dilemmata der Politikgeschichte, also zur Rekonstruktion, d. h. zur Wiederherstellung des Politischen in ihr, wäre folgerichtig eine Doppelstrategie zielführend. Einerseits müsste sich die universitäre Historiographie aus der Selbstisolation ihrer Elfenbeinturmmentalität befreien und sich zu ihrer Funktion als Erklärer tagespolitischer Ereignisse bekennen, sich mithin repolitisieren. Zum anderen wäre entschieden auf die aufklärende Wirkung einer fundierten historischen Bildung zu setzen, die es dem Individuum, ganz im Sinne des Geschichtstheoretikers Jörn Rüsen, erst ermöglicht, historische Argumente und offerierte Geschichtsbilder kritisch zu hinterfragen und Geschichte als *homo politicus* sowohl als individuelle als auch kollektive Ressource zu nutzen. Mithin wäre auf eine massive Bildungsoffensive zu setzen, die dies erst ermöglichen könnte. Sollte dies gelingen, so hätte dies für das politische System demokratischer Gesellschaften gravierend positive Folgen. An die Stelle von unreflektierter Meinung würde im öffentli-

chen Diskurs Wissen treten. An die Stelle von Agitation und argumentativer Unbelehrbar- und Konsensunfähigkeit träte eine Diskussions-, Streit- und Politikkultur, die der diskursorientierten deliberativen Demokratietheorie eines Jürgen Habermas verpflichtet wäre. Der mündige, gebildete und gesellschaftsorientierte Bürger mit – auch historischem – Urteilsvermögen stünde hier im Mittelpunkt von Entscheidungsfindungen und deren Durchsetzung. Agitatorisch verfälschte Geschichtsbilder à la Putin und Co., oder tiefenunscharfes mediales Histotainment als vermeintliche Abbildung von Realität würde *ad acta* zu legen sein. Mittels eines bildungsbedingten Aufbrechens der aktuellen Politikkultur mag es auch der akademischen Politikgeschichtsschreibung leichter fallen, ihren Elfenbeinturm zu verlassen, sich der Wirkmächtigkeit und Bedeutung des historischen Arguments bewusst zu werden und sich wieder in den politischen Prozess gesellschaftlicher Willensbildung einzubringen. In einer wissensbasierten, zudem historisch kompetenten Rezipientenschaft wäre es durchaus vorstellbar, selbst auf Formate der Wissensvermittlung zu rekurrieren, die auf den ersten Blick eher futuristisch anmuten. Zu denken wäre dabei zum Beispiel an einen Sendeblock kurz vor den 20.00 Uhr Nachrichten des Deutschen Fernsehens mit einer historischen Analyse, Interpretation und Wertung des politischen Tagesgeschehens im Stil der bisherigen Börsennachrichten, also: „Der politikgeschichtliche Kommentar des Tages“! Denn es zählt fachlich unbestritten zu den ureigensten Aufgaben der politischen Geschichte, „das tagespolitische Geschehen im Hinblick auf Kontinuität und Diskontinuität, Gemeinsamkeiten und Unterschieden kritisch zu befragen.“ (47) Dies böte die Möglichkeit, Nachrichteninhalte historisch kompetent einzuordnen, um sie so einer ausschließlich medial aktualistisch begrenzten Verschlagwortung zu entziehen. Des Weiteren könnte auch daran gedacht werden, eine tiefsinnige Historikerrunde im Stil des vormals so erfolgreichen und hochgeschätzten „Literarischen Quintetts“ eines Marcel Reich-Ranicki (1920–2013) zu etablieren. Dies böte eine Möglichkeit für unterhaltsame, dessen ungeachtet aber dennoch nachhaltige und faktenge-sättigte Wissensvermittlung zu aktuellen polithistorischen Fragen. Aus heutiger Sicht mag die Historikerzunft derartige Ansinnen eher kopfschüttelnd abtun und lieber weiter in ihrem Elfenbeinturm verharren. Aber sind denn die bereitwillige wahrgenommen gedenktagshistorisch initiierten öffentlichen Präsentationen der Geschichtswissenschaft wirklich etwas grundsätzlich Anderes als die vorstehend vorgeschlagenen Medienformate, um an die Öffentlichkeit zu treten und Aufmerksamkeit zu finden?

Es mögen sich durchaus gute Gründe dafür finden, dass sich die akademische Geschichtswissenschaft einer Verbreitung ihrer Forschungsergebnisse auf die oben genannte Weise verweigert. Aber, so das Plädoyer Kunzes, die Politikgeschichte bedarf der Rekonstruktion im Felde der aktuellen gesellschaftlichen Kontroversen und sollte deshalb keineswegs auf Formate verzichten, die dem dienlich sind oder sein könnten.

Als Zeithistoriker will der Autor mittels der vorgelegten Publikation seine Zunft aufrütteln und davon überzeugen, sich sachkundig aus ihrem Wissensgebiet heraus in aktuelle gesellschaftliche Diskurse einzubringen, um diese historisch fundiert zu unterfüttern. Dieses Feld darf keineswegs weiterhin die Spielwiese historischer Dilettanten, Agitatoren oder medial aufgepoppter Scheinwelten sein, deren Rezipienten aufgrund mangelnder Eigenkenntnis alles für wahr halten und schlichtweg glauben, was ihnen vorgesetzt wird. Nicht- und Halbwissen mutiert so zur Meinung und wird zur Basis politischen Handelns. Eine für demokratische Systeme im höchsten Maße bedenkliche Entwicklung, deren Brisanz sich bereits jetzt im politisch-gesellschaftlichen Alltag in aller Deutlichkeit zeigt. Obwohl nicht als Lehrbuch im eigentlichen Sinne konzipiert, bietet die vorgelegte Monographie gerade Studierenden einen vorzüglichen Ein- und Überblick in die vielfältigen Themenfelder der politischen Geschichte, die methodischen Ansätze unterschiedlichster Autoren, sowie Schwerpunkte und Ausrichtungen des Faches im Laufe der Zeit. Der Erkenntnisgewinn für die Leserschaft im Allgemeinen liegt darin, dass wesentliche Fragen, Themenzugänge und Kontexte der politischen Geschichte theoretisch reflektiert werden. Der Autor analysiert, „wie und warum Politikgeschichte so erforscht und geschrieben wird, wie sie erforscht und geschrieben wird, und worum es dabei geht“ (26). Darauf aufbauend legt er Überlegungen zur Rekonstruktion der politikgeschichtlichen Sicht auf Politik vor und fordert seine Fachkollegen zu einer Kurskorrektur bzw. zumindest einer Diskussion hierzu auf. Auf das Ergebnis dieses sicherlich kontrovers geführten „Historikerstreits“ darf man schon jetzt gespannt sein.

Rolf-Jürgen Gleitsmann
Frühjahr 2023